

Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Februar 2017

Nr. 02 · 13. Jahrgang

Butterwegge stellte sich im Landtag vor

Der Sozialforscher Professor Christoph Butterwegge (2. v. r.), Kandidat der LINKEN für die Bundespräsidentenwahl im Februar, hatte sich am 24. Januar 2017 bei der Linksfraktion im Landtag Brandenburg vorgestellt. Bei den LINKEN herrschte gute Stimmung, und auch bei den Vertreterinnen und Vertretern von SPD und Grünen war Aufgeschlossenheit und Interesse zu spüren. Für uns war es nicht nur eine Freude, einen der angesehensten Intellektuellen der Republik als unseren Kandidaten zu erleben - auch seine fundierte Kritik der sozialen Ungleichheit, seine kenntnisreichen Positionen zur Friedenspolitik, zum

Rechtsextremismus und zur Demokratieentwicklung waren hörenswert.

Besonders anregend war Butterwegges Fähigkeit, nicht nur Befunde über die Realität zu liefern, sondern politische Entscheidungen an dieser Realität zu messen und deren Folgen abzusehen. Gut, dass DIE LINKE diesen Kandidaten als Alternative zu Frank-Walter Steinmeier aufgestellt hat. Er hätte das Zeug, an der

Spitze des Staates als Mann des Friedens und des sozialen Ausgleichs, als engagierter Kämpfer für Freiheit und Demokratie zu wirken. Eine ideale Mischung!



Für eine solidarische und menschliche Gesellschaft

„Potsdam! Bekennt Farbe“ erfolgreich gegen AfD-Kundgebung am Kepler-Platz am Stern

„30 Minuten für Deutschland“ – unter diesem Motto hatte der Potsdamer Kreisverband der „Alternative für Deutschland“ für den 16.01.17 eine Kundgebung auf dem Johannes-Kepler-Platz am Potsdamer Stern angemeldet.

Das Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“ rief deshalb Potsdamerinnen und Potsdamer auf, sich an der Gegen-Kundgebung für eine solidarische und menschliche Gesellschaft zu beteiligen. Das üblich große Aufgebot an Polizei war wie immer erschienen. Ein Absperrgebiet mit Zaunfeldern wurde abgesteckt. So weit vom Ort

des Geschehens entfernt, damit die AfDler ihren „Ting“ relativ ungestört abhalten konnten. Nicht viel mehr als 80 bis 100 Anhänger dieser Partei hatten sich versammelt. Dem gegenüber stand eine Kundgebung des Bündnisses mit über 300 TeilnehmerInnen. Altbekannte Unterstützerinnen wie die Sambatrommelgruppe „Sexta Feira“ sowie die Ente Agathe waren dabei. Die herrlich lauten Trommeln und die „Haut-ab!“-Rufe des Bündnisses machten den AfDlern das Reden schwer. Gut so! Und: „Wachsam bleiben!“ Denn die AfD profiliert sich immer stärker als eine

Partei, die sich gegen eine fortschrittliche Entwicklung der Gesellschaft wendet. Sie steht gegen Weltoffenheit und Toleranz, gegen eine moderne Geschlechterpolitik und gegen gleichberechtigte Teilhabe für alle Menschen. Gleichzeitig wird eine klare Abgrenzung zur extremen Rechten immer undeutlicher. Zahlreiche AfD-PolitikerInnen pflegen gute Kontakte in die Neonaziszene. Herbert Heider, ein Protagonist des AfD-Kreisverbandes Potsdam, engagierte sich im letzten Jahr u. a. als zeitweiliger Pressesprecher der fremdenfeindlichen Pogida.

Die Zukunft, für die wir kämpfen:

Sozial. Gerecht. Für alle.

Erster Entwurf des LINKEN Programmes zur Bundestagswahl 2017 (aus der Einführung)

Es liegt an uns allen. Wollen wir den oberen Zehntausend in diesem Land mehr Macht und Einfluss geben und die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertiefen? Oder wollen wir den Sozialstaat stärken, neue und bessere Arbeit schaffen, für sichere Renten und ein gutes Leben für alle Menschen kämpfen? Wollen wir weiter den Politikerinnen und Politikern vertrauen, die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen verantworten und die Gesellschaft spalten? Oder sind wir bereit, uns mit den Reichen und Mächtigen anzulegen? Wollen wir Konkurrenzdruck, Angst und Verunsicherung

nachgeben oder stärker über unser Leben selbst bestimmen?

Wie wir diese Fragen beantworten, wird über unsere Zukunft und unser Zusammenleben entscheiden. Wir, DIE LINKE, wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Land, in dem Alle ihren gerechten Anteil an der Gesellschaft haben. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor sozialem Absturz haben. Wir wollen, dass Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besser gestellt werden. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was Allen

gehört: öffentliche Bildung, Gesundheit, Kultur. Wir wollen das Öffentliche stärken. Wir wollen ein Land, in dem alle Menschen gleichberechtigt zusammenleben unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen Stellung, ihres Geschlechts, Alters oder ihrer sexuellen Orientierung. In dem niemand ausgegrenzt wird. Dafür treten wir an. Gegen den Hass, die Abschottung und die Vorurteile der Rechten. Für soziale Gerechtigkeit und Frieden und einen Aufbruch der Demokratie. (MEHR: www.die-linke.de)

In dieser Ausgabe

LINKS notiert

2 Gedenken an Karl und Rosa/Kalenderblätter für den Februar

LINKS im Parlament

3 Norbert Müller - unser Mann im Bundestag/Anita Tack zur unendlichen Geschichte des Bahnhofs Pirschheide

LINKS im Rathaus

4 LINKE fordert Finanzierung zusätzlicher Kita-Betreuungszeiten/Abfahrt Zentrum-Ost wieder öffnen



LINKS in unserer Stadt

5 Ost-West-Geschichte an der Uni Potsdam/Neuer Baubeigeordneter/Neujahrsempfang in der Geschäftsstelle/Bürgervertretung Drewitz/Spendensammelstelle/Neues aus dem Biskyhau

Potsdamer ALLERLEI

8 Buchrezension Kunze und Krenz/Spendenaufwurf/Termine/Rätsel

Informationen der Redaktion

Die Februarausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 07. März 2017.

Redaktionsschluss ist am 17. Februar 2017.
Die Redaktion

Gedenken an Karl und Rosa

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht waren Kämpfende, gegen Ausbeutung, gegen Krieg. Ihre Ideen und Vorstellungen zeigen uns die Möglichkeiten in den alltäglichen Auseinandersetzungen – ob im Kampf gegen Militarismus und Krieg, in gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, im antifaschistischen Kampf - oder etwa auch in der linken Bildungsarbeit. Vieles war damals radikal und ist es heute noch - auch in der LINKEN. Bei Rosa Luxemburg geht es auch um die Frage der Demokratie. Es geht um einen Konflikt, der für uns auch heute noch prägend ist: dass nämlich eine dauerhaft erfolgreiche sozialistische Gesellschaft immer nur über die ständige und konsequente Ausweitung der Demokratie möglich ist, trotz aller Versuchungen und Rechtfertigungen, sie - selbstverständlich immer nur im Namen des Fortschritts - vorübergehend einzuschränken. Das ist fundamental für unsere Praxis heute. Unsere

Bezugspunkte auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind soziale Bewegungen und Kämpfe für ein selbstbestimmtes Leben ohne Unterdrückung.

Der heutige Kapitalismus hat eine vielfach gespaltene und fragmentierte Gesellschaft hervorgebracht. Die Zahl der Beschäftigten mit tariflicher Regulierung wird kleiner, die Zahl der Leiharbeiter, Werkverträtler, der befristet und in Teilzeit Beschäftigten, kurzum der prekär Beschäftigten, wächst. Die Mittelschicht schrumpft. Ebenso verfestigt sich die Langzeiterwerbslosigkeit. Diese unterschiedlichen Gruppen werden in einen permanenten Konkurrenzkampf getrieben. Das erschwert die Organisation gemeinsamer Interessen und die Erfahrung von Solidarität. Es ist gerade die Aufgabe der LINKEN, die gemeinsamen Interessen des Leih- und des Facharbeiters, der befristet und fest Angestellten zu organisieren. Die Alternative ist die Konkurrenz und Abgren-

zung nach unten (Erwerbslose und) und nach außen (Flüchtlinge, MigrantInnen) – also die Logik der Rechten.

Wir befinden uns in einer gesellschaftlich polarisierten Situation. Ein Teil der Menschen findet ein neues Wir-Gefühl in der Zugehörigkeit zur kollektiven Identität als „Deutsche“. Die Angst vor Geflüchteten spielt bei der Wahl der AfD eine große Rolle. Trotzdem - nicht alle ihre Wählerinnen und Wähler sind Rassisten. Aber auch gilt: sie wählen rassistisch.

Eine LINKE Partei muss eine Politik machen, die ebendiese Wut und Ängste aufgreift und Lösungen anbietet, die an der alltäglichen Realität der Menschen anknüpft.

DIE LINKE muss sich als soziale Stimme von Menschen begreifen, die selbstbewusst für ihre Rechte einstehen.

Anja Mayer, Leiterin der Landesgeschäftsstelle der LINKEN/Pressesprecherin, zur Liebknecht-Luxemburg-Ehrung 2017 in Potsdam (gek.)
MEHR: www.dielinke-potsdam.de

KALENDERBLÄTTER DEZEMBER

1747

Diebe haben es schwer

Friedrich II. erlässt am 4. Februar einen Edikt, dass Diebe, die nach Verbüßung ihrer Strafe des Landes verwiesen wurden, wenn sie trotzdem hier wieder angetroffen werden, „...mit ewiger Zucht- und Spinn-Haus-Strafe belegt werden sollen...“

1817

Türkische Musik in Preußen

Eine außerordentliche Kabinettsordre Friedrich Wilhelm III. zur Militärmusik vom 10. Februar verfügt, dass die durch den König selbst veranlasste „Sammlung von Märschen für türkische Musik zum bestimmten Gebrauch für die preußische Armee“ allen Regimentern zur Verfügung zu stellen, damit der Musikbedarf befriedigt werden könne.

1917

Kältester 5. Februar

Mit -23,5 °C ist Anfang Februar die kälteste Nacht eines 05. Februar in Potsdam des 20. Jahrhunderts zu verzeichnen.

1917

Hunger greift um sich

Der Inhaber der Firma Kurt Fliegel, Propellerbau, Potsdam, Tornowstraße, schreibt am 21. Februar an den Potsdamer Magistrat:

„Es wird mitgeteilt, daß bereits 3 Tischerler auf Grund mangelhafter Ernährung ihre Arbeit niedergelegt haben, daß ferner die Leistungsfähigkeit der meisten stark beeinträchtigt wird durch fehlende Kartoffeln, nicht ausreichendes Brot und vollkommen fehlende Fettstoffe.“ -rt

1947

Festempfang der Roten Armee

Der Chef der Sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD), Marschall Wassili Danilowitsch Sokolowski, gibt am 24. Februar in Potsdam einen festlichen Empfang aus Anlass des 29. Jahrestages der Gründung der Roten Armee. Als Gäste begrüßt er amerikanische, englische und französische Generäle.

1952

Aus für Babelsberger Standesamt

Am 16. Februar wird die Standesamtsnebenstelle Babelsberg geschlossen, „...aus Gründen der Einsparung von erheblichen finanziellen Mitteln, die für die Erfüllung unseres Fünfjahrplanes dringend benötigt werden...“ (MV, 16. 02. 1952)

1957

Olympia in Potsdam

Im Haus der deutsch-sowjetischen

Freundschaft findet am 7. Februar eine Aussprache mit Olympia-Teilnehmern von 1956 statt; Star ist der Boxer Wolfgang Behrendt, der die erste Goldmedaille bei Olympischen Spielen für die DDR holte.

1962

„Das ist Diebstahl“

Die MV beginnt mit dem Abdruck der Novelle von Marianne Bruns „Das ist Diebstahl“; Marianne Bruns wurde auf den 3. Arbeiterfestspielen (10. – 18. 06. 1961 in Magdeburg) für diese Novelle mit dem Literaturpreis des FDGB ausgezeichnet.

1967

Spielfilm im Marchwitza

1. Treffpunkt der Potsdamer Schuljugend am 26. Februar im Kulturhaus „Hans Marchwitza“, gezeigt wird der neue DEFA-Spielfilm „Das Mädchen auf dem Brett“. An dem Filmgespräch nehmen teil: Regisseur Kurt Maetzig, Kameramann Erich Gusko, Filmarchitekt Dieter Adam, Komponist Gerhard Rosenfeld, Schauspielerin Christiane Lanzke, Schauspieler Helga Göring; Eintritt: 1,10 MDN

1982

Theatertage für Pädagogen

Am Hans-Otto-Theater finden am 22.02. die VIII. Theatertage für Pädagogen statt; an ihnen nehmen 80 Pädagogen aus dem Bezirk Potsdam sowie Gäste aus Bulgarien, der CSSR, Polen und Kuba teil

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; **Sascha Krämer**, Vorsitzender. Dorststraße 53, 14467 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam **Bernd Martin** (V.i.S.d.P.); **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Bauruine in Vorbereitung?

Die endlose Geschichte der Garnisonkirchen-Kopie in Potsdam

Die Schlagzeilen standen schnell fest: die Finanzierung für die Garnisonkirche steht. So oder so ähnlich titelten Mitte Januar gleich mehrere Zeitungen. Dabei suggerieren die Zeitungstitel einiges, bei dem sich ein genauerer Blick lohnt. Da wäre zunächst die Frage, für was da überhaupt die entsprechenden Mittel zusammengetragen worden sein sollen.

Wer die Debatte um die Garnisonkirche schon etwas länger verfolgt, der weiß: Es geht schon längst nicht mehr um die ganze Garnisonkirche, also eine Kirche mit Turm und Schiff. Um das Geld für ihr Prestige-Projekt zusammenzubekommen, haben die Verantwortlichen das Bauvorhaben auf den Wiederaufbau des Turms zusammengeschumpft.

Aber wenn nun mit dem Bauen begonnen würde, würde nicht einmal der gesamte Turm in der Höhe von 88 Metern entstehen. Nein, um die Baukosten zu senken, wird auf die Turmhaube und den Zierrat verzichtet. Was entstehen würde, wäre ein

grauer Klotz, mitten in Potsdams Stadtzentrum.

Und hier kommen wir zum zweiten Knackpunkt. Um die Turmstumpfvariante tatsächlich Wirklichkeit werden zu lassen, bedarf es der Freigabe von Fördergeldern in Höhe von 12 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt. Die sind nun allerdings für den Wiederaufbau des Turms der Garnisonkirche vorgesehen. Ob die Variante ohne Zierrat und Turmhaube tatsächlich als Wiederaufbau gewertet werden kann, ist strittig. Ohne die Bundesmittel ist aber selbst die Finanzierung des Turmstumpfes in weiter Ferne.

Dass die Garnisonkirchenstiftung und ihre UnterstützerInnen nun jedoch alles daran setzen, die nötige Gesamtfinanzierung für den Turmstumpf nachzuweisen, hat einen Grund: Entsprechend der erteilten Baugenehmigung müssen die Bauarbeiten 2018 starten und 2020 abgeschlossen sein. Um den Baubeginn realisieren zu können, muss der Haushaltsausschuss des Bundestages aber unbedingt die angesprochenen 12 Mil-



UNSER MANN IM BUNDESTAG
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

lionen Euro freigeben. Dafür bleibt aber kaum noch Zeit. Im September ist Bundestagswahl, die letzte ordentliche Sitzungswoche des Deutschen Bundestages vor der Wahl ist bereits im Juni. Wann der Bundestag nach der Bundestagswahl wieder die Arbeit aufnimmt, ist vor dem Hintergrund der zu erwartenden schwierigen Koalitionsverhandlungen ungewiss.

Zu befürchten steht allerdings, dass trotz der offenen Fragen und gegen den Willen eines Großteils der Potsdamer Bevölkerung, der im erfolgreichen Bürgerbegehren gegen die Garnisonkirche zum Ausdruck kam, die Freigabe der Mittel im Haushaltsausschuss einfach mit der Mehrheit der Großen Koalition durchgewunken wird. Was dann droht, ist Potsdams vielleicht teuerste Bauruine.

Versagt vor der Geschichte

Zum NPD-Verbotsurteil: Faschismus gehört verboten, weil er ein Verbrechen ist

An allen Gedenktagen an die Opfer des NS-Regimes, so sicher auch am 27. Januar 2017, wurden von den politisch Verantwortlichen in Deutschland Reden gehalten in denen man die Verbrechen des deutschen Faschismus benennt und ein „Nie wieder!“ verspricht.

Aber wenn es darauf ankommt die Konsequenzen aus den Millionen Opfern dieses verbrecherischen Regimes zu ziehen und zwar die allereinfachste und naheliegendste, nämlich dass die dafür verantwortlichen politischen Kräfte nie Gelegenheit erhalten dürfen einen erneuten Anlauf zur Errichtung eines ähnlichen menschenfeindlichen Regimes zu errichten, wird versagt.

Es wird aber nicht einfach aus Unvermögen, sondern, wenn man das Anti-Verbots-Trommelfeuer der letzten Monate in Politik und Medien betrachtet, es wird vorsätzlich versagt.

Eine neo-nationalsozialistische Partei soll es in Deutschland geben dürfen, das ist die Quintessenz all dieser Aktivitäten.

Zu den historischen Verbrechen des deutschen Faschismus gehören auch die knapp 200 Toten seit 1990 und die rassistischen Mobilisierungen der letzten zwei Jahre, bei denen die NPD eine wesentliche Rolle gespielt hat. Sie hat Strukturen, Ideologie und hasserfüllte Parolen zur Verfügung gestellt, was sogar noch aus Steuermitteln finanziert wird. Das macht deutlich, dass von der NPD Gefahr ausgeht, unabhängig davon, ob sie in Parlamenten sitzt oder nicht.

Außerdem wurde vorsätzlich darauf verzichtet, dem völkischen Nationalismus wie er auch durch die AfD vertreten wird, einen Riegel vorzuschieben.

Dazu sagen wir Nein: Faschismus gehört verboten, weil er keine Meinung ist, sondern ein Verbrechen. Die NPD hat, ebenso wie andere faschistische Gruppierungen, keinen Anspruch auf Legalität.

An dieser Lehre der Geschichte halten wir fest.

Cornelia Kerth
Bundesvorsitzende VVN-BdA e. V.

Die unendliche Geschichte des Bahnhofs Pirschheide

Unser jahrelanges Bemühen, den Bahnhof Pirschheide aus seinem verordneten Dornröschenschlaf zu erwecken zahlt sich langsam aus. Zur Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung im Landtag am 12. Januar hatte ich „Die Zukunft des Bahnhofs Pirschheide“ auf die Tagesordnung gesetzt. Die Verkehrsministerin Kathrin Schneider (SPD) versicherte, dass die Sanierung der oberen Bahnsteige am Bahnhof Pirschheide in Planung sei. Inzwischen wurde eine gemeinsame Leistungsvereinbarung zwischen dem Land und der DB AG abgeschlossen, so dass die Planungen weiter vorangehen können. Eine Realisierung sei aber erst für 2022 in Aussicht gestellt.

Die LINKE hält die Reaktivierung und die Modernisierung des Bahnhofs zu einem wichtigen regionalen Verkehrsknotenpunkt von öffentlichem Verkehr mit Bussen und Bahnen, Radverkehr und dem Autoverkehr auf der B1 für eine wichtige Maßnahme, um die Mobilität in der Zukunft zu gestalten.

Die in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts, infolge des Mauerbaus und der Neuausrichtungen des Schienenverkehrs gebauten Bahnsteige werden seit 1999

nicht mehr genutzt und sind inzwischen weitgehend verfallen.

In regelmäßigen Abständen habe ich gemeinsam mit der Potsdamer Stadtfraktion eine landespolitisch nachhaltige Lösung für die Ausgestaltung des Nahverkehrsknotenpunktes Bahnhof Pirschheide beim Verkehrsministerium eingefordert.

Der Bahnhof Pirschheide hat das Potenzial für einen attraktiven Verkehrsknoten mit Bahn-, Bus-, Tram- und Fahrradverbindungen und Parkplätzen zum Umsteigen vom Auto in den ÖPNV.

In seiner Nachbarschaft befinden sich z.B. größere Hotels sowie ein großer internationaler Campingplatz, die MBS-Halle und Sporteinrichtungen im Luftschiffhafen, zahlreiche Arbeitsplätze, wie bei der LBS, an der Uni Potsdam und im Wissenschaftspark in Golm. Gespräche mit den Betreibern der Einrichtungen ergaben, dass die Attraktivität ihrer Einrichtungen und der gesamten Region durch gute Bahn- und Busverbindungen über den Bahnhof Pirschheide, z.B. zum Flughafen Schönefeld und zu den Wissenschaftseinrichtungen in Golm erhöht werden könnte.

In der Diskussion um die Reduzierung der hohen Schadstoffbelastungen in der



LANDTAG UND KOMMUNE
ANITA TACK DIE LINKE.

Zeppelinstraße durch den Autoverkehr auf der Bundesstraße 1 spielten immer wieder Vorschläge für eine bessere Anbindung im Schienenpersonennah- und Busverkehr eine Rolle. Klar ist, dass der seit Jahren verwaiste Bahnhof Pirschheide bei der Lösung der Frage „weniger Autos – mehr ÖPNV“ eine wichtige Funktion haben muss.

Mitte 2015 gab es dann endlich erste positive Erklärungen und Verhandlungen der DB AG und des Brandenburger Verkehrsministeriums, wengleich ich mir die Planung und Sanierung sehr viel schneller gewünscht hätte. Viele Pendlerinnen und Pendler, die Anlieger der Zeppelinstraße, die Beschäftigten und Besucherinnen und Besucher der umliegenden Einrichtungen und irgendwann auch einmal die Fluggäste des BER werden dies zu schätzen wissen. Und weniger Luftschadstoffe in der Zeppelinstraße kommen der Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner zu Gute.

... und keiner will bezahlen!

LINKE fordert Finanzierung zusätzlicher Kita-Betreuungszeiten

4,5 Mio Euro jährlich würde es kosten, Betreuungszeiten über 8 Stunden in den Potsdamer Kitas auch personell abzusichern. Das hatte die Verwaltung im November 2016 aufgrund eines von der LINKEN initiierten Beschlusses ausgerechnet. In Potsdam werden 45% der 0-3-jährigen und 38% der 3-6-jährigen 10 Stunden täglich in den Kitas betreut. Finanziert werden derzeit aber nur Betreuungszeiten von 7,5 Stunden pro Kind. Für die Differenz ist nach Auffassung der Stadt allein das Land zuständig. Daraus will DIE LINKE nun Konsequenzen ziehen. Zunächst fordert die Fraktion ein Rechtsgutachten zur Frage der Finanzierungspflicht. Außerdem soll die Stadt die Einführung einer zusätzlichen Stundenstufe bei der Personalbemessung für Betreuungszeiten bis zu 10 Stunden vorfinanzieren.

Beide Anträge wurden zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Überrascht in der Diskussion hat vor allem die Einlassung des Oberbürgermeisters. Außer freundlichen Anfragen hat die Stadt nicht viel unternommen, um den von ihr postulierten Rechtsanspruch gegen das Land durchzusetzen. Jetzt, da DIE LINKE ein Rechtsgutachten zur Klärung dieser Frage und als Vorstufe einer möglichen Klage einfordert, rudert der OB plötzlich zurück. Wenn das Gutachten zu dem Ergebnis käme, dass die Rechtslage unklar sei, müsse man sich auch damit auseinandersetzen, begründete er seinen Überweisungsantrag im Plenum.

Eines ist jedenfalls unstrittig - nämlich der Rechtsanspruch der Kinder auf Betreuung. Und da unterscheidet das Kindertagesgesetz auch nicht zwischen einem Kernanspruch auf eine qualitativ angemessene Betreuung für 7,5 Stunden und einer bloßen „Aufbewahrungspflicht“ darüber hinaus. Auch hat die Stadt keinerlei Schwierigkeiten damit, eine entsprechende Beitragsstufe für Betreuungszeiten über 8 Stunden in der Beitragsordnung abzubilden.

„Es ist sicherzustellen, dass der Betreuungsanspruch der Kinder endlich auch realisiert wird. Die Finanzierung ist im Innenverhältnis zwischen den Beteiligten - Stadt und Land - zu klären. Alles andere ist Kindern, Eltern und Erzieher_innen wirklich nicht mehr zu vermitteln!“, erklärte Stefan Wollenberg im Anschluss an die SVV-Debatte.

Abfahrt Zentrum Ost – ein kurzer historischer Abriss

Im Oktober 2015 wurden die Abfahrt von der Nuthestraße in das Zentrum Ost und die Auffahrt vom Wohngebiet auf die Schnellstraße über Nacht geschlossen. Das rief heftige Proteste der Einwohner auf den Plan, die DIE LINKE sofort per Antrag im November 2015 in die Stadtverordnetenversammlung transportierte und den Oberbürgermeister aufforderte, die Abfahrt offen zu halten. Bereits hier wurde sehr deutlich, dass die Verwaltung sich konsequent dagegen sperrte.

Aus dem klar formulierten Anliegen wurde nach Beratung in den Ausschüssen der Auftrag, verkehrliche und stadtplanerische Untersuchungen zur Optimierung der Verkehrsanbindung sowie eine ergebnisoffene Prüfung der Vor- und Nachteile einer Wiedereröffnung der Zufahrt in das Wohngebiet einzuleiten. Bis April 2016 sei eine Einwohnerversammlung durchzuführen, um ein geeignetes und akzeptiertes Verkehrs-

konzept für das Wohngebiet zu entwickeln. Die Einwohnerversammlung fand am 22. April 2015 statt. 100 Bewohner waren gekommen, obwohl die Veranstaltung nur über die Presse publik gemacht wurde. Zentrale Forderung aller Anwesenden war die Wiederherstellung der Abfahrt.

Im November 2016, legte die Verwaltung das Prüfergebnis vor. Fazit: „Auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchungsergebnisse besteht kein Handlungsbedarf, die Anschlussstelle des Humboldtrings an die Nutheschneelstraße seitens der LHP wieder herzustellen, weder als voll noch als Teilanschluss.“ (DS 16/SVV/0579) Begründung: Die Anschlussstelle war eh nur ein Provisorium während der Bauzeit der Humboldtbrücke, für dessen Rückbau Landesfördermittel beansprucht wurden. Ob die Wiedereinrichtung der Abfahrt nach der aktuellen Rechts- und Normenlage genehmigungsfähig sei, müsse offen bleiben.

Allein die Planungskosten für die Öffnung lägen bei 800.000 Euro. Das zu der „ergebnisoffenen“ Prüfung! Unsere Vermutung: Was partout nicht gewollt ist, wird teuer gerechnet. Die Fraktion fühlt sich nach wie vor dem einhelligen Votum der Einwohnerversammlung verpflichtet und wird darin auch durch das Ergebnis der Umfrage des Ortsvorstandes Babelsberg/Zentrum Ost im Januar diesen Jahres im Wohngebiet bestärkt: 60% der Befragten haben sich für die Wiederöffnung ausgesprochen.

Wir fordern erneut die Öffnung der Abfahrt. In den Haushalt 2017 sind die nötigen Planungsmittel dafür einzustellen, um so die Voraussetzungen für einen entsprechenden Antrag an das ML zu schaffen. Großen Wert legen wir nach wie vor auf die Beteiligung der Einwohner von Zentrum Ost an der Lösung der Verkehrsprobleme in ihrem Wohngebiet.



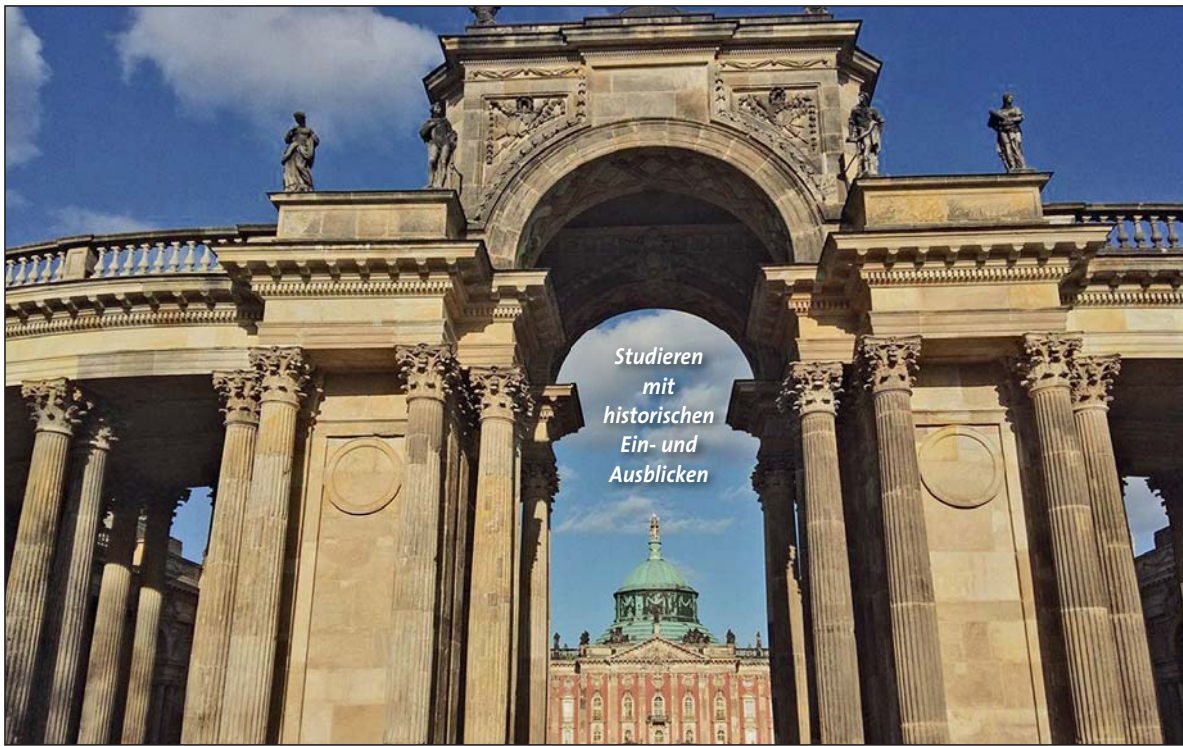
Zwei Beschlüsse im Interesse der Bürger

Im Dezember 2016 eingebracht, wurden zwei unserer Anträge in der Januar-Stadtverordnetenversammlung beschieden: Das Kurzstreckenticket soll weiter für 6 Stationen gelten und für die an der jährlichen Verleihung des Ehrenamts- und des Integrationspreises am Kulturstandort Schiffbauergasse Teilnehmenden ist die Nutzung des ÖPNV kostenfrei.

Die Beschlüsse lauten zwar anders als unsere Anträge, aber immerhin hat sich die Versammlung dafür ausgesprochen, dass das Kurzstreckenticket auch künftig für 6 Stationen gelten und der Oberbürgermeister das so mit dem VIP verhandeln

soll. Der Haken bei der Sache ist, dass dies für den Verkehrsbetrieb kostenneutral zu gestalten ist. Mit anderen Worten: Es wird durchaus eine Verteuerung des Tickets in Erwägung gezogen. Wir werden auch im Zuge der Haushaltsdiskussionen darauf zu achten haben, dass dieser, wenn überhaupt nötige Preisanstieg maßvoll ausfällt. Wir meinen, dass es einen Anstieg nicht zwangsläufig geben muss. Im März werden wir das Ergebnis der Verhandlungen erfahren. Übrigens haben Die Grünen in der Debatte allen Ernstes behauptet, wir würden den VIP ruinieren, wenn wir mehr Leistungen für das gleiche Geld fordern würden.

Was die Vergünstigungen für die Gäste der Verleihung der beiden Preise angeht, wollten wir eigentlich nur bewirken, dass sie zu diesen Veranstaltungen kostenfrei in der Schiffbauergasse parken dürfen. Nun muss dafür gesorgt werden, dass auch die Gäste der Integrationspreisverleihung eine Einladung bekommen, die sie als Legitimation für die kostenfreie Nutzung des ÖPNV vorzeigen können. Bisher gab es Einladungen nur für die Ehrenamtspreisverleihung. Wir sind gespannt, was sich die Verwaltung dazu überlegt.



„Der schwierige Anfang“

Ost-West Geschichte betrifft auch die junge Generation/Von Gesine Dannenberg

Am 2. Dezember hielt die Universität Potsdam ein ganztätiges Symposium ab, das sich unter dem Namen „Der schwierige Neuanfang“ mit der Gründungsgeschichte der Universität befasste. Der Historiker Frank Bösch vom Zentrum für Zeithistorische Forschung hatte die Veranstaltung organisiert.

Viele Faktoren müssen berücksichtigt werden, wenn wir über die Vergangenheit unserer Hochschule sprechen sowie die Konsequenzen und Bewertungen, die nach der Wende stattgefunden haben. Laut Professor Günther ist diese Debatte eine, der sich die Universität zu ihrem Jubiläum stellen muss und will. Ich finde das richtig und notwendig. Aber: Es darf nicht vergessen werden, die junge Generation in diese Auseinandersetzung mit einzubinden.

Als studentische Senatorin der letzten beiden Jahre verfolge ich das Thema seit Anfang 2016. Ich bin im April 1989 geboren. Es ist mir ein Bedürfnis, mich dazu aus studentischer Sicht und aus der Sicht einer Generation zu äußern, die von der DDR nicht direkt persönlich, sondern über Erzählungen und die Erinnerungskultur des wiedervereinten Deutschlands etwas erfahren hat. Auch wir spüren die Auswirkungen der Wende deutlich; die Diskussionen über die Vergangenheit beeinflussen das kollektive Gedächtnis der Menschen in Ost und West und sie geben es weiter an die junge Generation, bewusst oder unbewusst. Werden sie nicht mit der notwendigen inhaltlichen Tiefe und Fairness geführt, belasten wir damit nicht nur jene, die im geteilten Deutschland aufgewachsen sind, sondern auch meine Generation, sowie die,

die nach uns kommen. Denn die Geschichte der Universität Potsdam bettet sich ein in deutsch-deutsche Geschichte, die in der Nachwendzeit bei Weitem nicht nur eine Geschichte der Freude über die Wiedervereinigung, sondern auch eine Geschichte von Enttäuschungen und fortwährenden Vorurteilen ist.

Hinzu kommt: Es ist nach wie vor so, dass der Geschichts- und Politikunterricht an den Schulen lange nicht ausreicht, um all das aufzuarbeiten; es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Und es ist ganz bestimmt keine Diskussion, die von „alten Männern“ im wissenschaftlichen Elfenbeinturm geführt werden darf, oder zumindest nicht von ihnen allein. Gleichwohl: Selbst jene, die in der DDR gelebt haben und auch die, die zur gleichen Zeit in der Bundesrepublik lebten, haben auch nicht immer den Gesamtblick auf die politischen Systeme. Gerade weil es noch nicht lange her ist, ist dieser natürlich von eigenen Erfahrungen, aber auch vielleicht von zu schnellen Kategorisierungen geprägt – deshalb brauchen wir dazu die Nachwendegeneration und außerdem die wissenschaftliche Sicht. Es geht um das Nachzeichnen von Geschichte, die nicht schwarz-weiß, die vielschichtiger ist, als man es sich vielleicht manchmal wünscht, weil es auch anstrengend sein kann, sich mit der Komplexität historischer Zusammenhänge auseinanderzusetzen. Aber genau diese Auseinandersetzung kann am Ende helfen, die Diskussion im Heute über das Gestern zu entschärfen.

Also ist es an uns, in die Archive zu gehen und hinzuschauen und uns ein Bild zu machen. Wir, die junge Generation, sind dieje-

nigen, die die Gesellschaft von morgen gestalten und wir sollten genau wissen, wie es sein darf und wie nicht, wie ein kritischer Geist in einer Gesellschaft bewahrt werden kann und muss, aber auch: wie



Die Autorin

Transformationsprozesse stattfinden können, oder besser gestaltet werden sollten und wie sie nicht ablaufen sollten. Diese Gedanken müssen auch wir uns machen, als „nur“ mittelbar Betroffene. Es mag pathetisch klingen, ist aber deshalb nicht weniger richtig. Diese Universität ist ein Ort des Weiterdenkens. Ich sehe uns alle in der Pflicht, das zu tun – um in die Gesellschaft von morgen hineinzuwirken.

Das heißt: Die Universität und Herr Günther insbesondere müssen sich Gedanken machen, wie ein solches generationenübergreifendes Anliegen hier an der Hochschule gestärkt werden kann. Wer muss sich vernetzen, welche Strukturen müssen gestärkt werden und wie können Studierende hier – breit aufgestellt – eingebunden werden? Wie kann der Zugang zu den Universitätsarchiven verbessert werden? Es hat solche Projekte vereinzelt bereits gegeben. Sie sollten aufgegriffen, weitergeführt und ausgebaut werden.



Bernd Rubelt zum neuen Beigeordneten gewählt

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam hat am 6. Januar 2017 den 48-jährigen Bernd Rubelt zum neuen Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt der Landeshauptstadt gewählt.

Er erhielt im ersten Wahlgang 39 Ja-, bei 14 Nein-Stimmen. Rubelt ist zurzeit Fachbereichsleiter Bauen in der Kreisstadt Eutin und war Geschäftsführer der Landesgartenschau. Noch im ersten Halbjahr 2017 soll er seinen Dienst als Beigeordneter in der Landeshauptstadt Potsdam antreten. Er folgt damit auf Matthias Klipp, der im November 2015 von der Stadtverordnetenversammlung abgewählt wurde.

„Ich freue mich über die Wahl von Bernd Rubelt“, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs. „Bernd Rubelt hat nach Durchführung dieses mehrstufigen, professionellen Auswahlverfahrens einen fachlich versierten und persönlich überzeugenden Eindruck hinterlassen. Er kann auf vielfältige Erfahrungen im öffentlichen Sektor verweisen und verfügt über die erforderlichen Führungskompetenzen.“

Bernd Rubelt, Jahrgang 1968, ist Diplom-Ingenieur für Architektur und hat bereits in verschiedenen Städten in Bauverwaltungen gearbeitet. Seit dem Jahr 2011 ist er in Eutin tätig.

In Potsdam übernimmt er nun den Geschäftsbereich 4, Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt. Mehr als 440 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten künftig unter seiner Leitung. Zudem verantwortet er für Aufwendungen und Investitionen jährlich etwa 160 Millionen Euro im städtischen Haushalt.

Die „wandernde“ zentrale Spendensammelstelle Potsdams

Die zentrale Spendensammelstelle für Bedürftige in der Slatan-Dudow-Straße im Stadtteil Drewitz ist seit dem 29. November 2016 Anlaufpunkt für alle Potsdamerinnen und Potsdamer, die Sachspenden abgeben wollen. Voraussichtlich bis 30. April 2017 wird dieser Standort noch betrieben werden. Leider ist der Zugang zur Sammelstelle nicht direkt von der Konrad-Wolf-Allee einsehbar und das angrenzende Gelände durch die Sanierungsarbeiten an den Mehrfamilienhäusern nicht gerade einladend. Wir sind dennoch froh, dass die Stadt dieses Angebot schaffen konnte und selbst daran interessiert ist, dies nur als Übergangslösung anzubieten. Aufgrund dieser „Hindernisse“ möchten wir hier noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen und Sie bitten, vor allem war-



me Kleidung und Winterschuhe (bitte in ordentlichem Zustand) in Drewitz abzugeben. Zu folgenden Öffnungszeiten können sich Geflüchtete und andere Bedürftige sowie Spendende persönlich an die Spendenstelle richten: Montags und donnerstags von 13 bis 18 Uhr, dienstags von 6:30 Uhr bis 12 Uhr und mittwochs und freitags von 9 bis 13 Uhr. Anfragen und Wünsche können an die Mitarbeitenden der Spendenstelle unter der Telefonnummer 0172 850 10 31 und 0331 289 15 19 sowie per Mail an spendensammelstelle@Rathaus.Potsdam.de gerichtet werden.

Der bis dahin durch die Stadtverwaltung genutzte Standort in der Haeckelstraße in Potsdam-West musste aufgrund einer Schadstoffbelastung geschlossen werden. Im Sozialausschuss wurde am 17. Januar mitgeteilt, dass ein Gutachten ergeben hat, dass die Haeckelstraße wieder genutzt werden kann, da keine gesundheitsschädigenden Stoffe in dem Gebäude sowie der Baustanz festgestellt wurden. Die Verwaltung ist nun mit dem Eigentümer der Haeckelstraße in Verhandlungen für eine Nutzungsübernahme.

Jana Schulze

Sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion der SVV Potsdam

Neujahrsempfang und Einweihung der neuen Geschäftsstelle

2017 ist ein Jahr voller Herausforderungen. Vor allem der Bundestagswahlkampf wird ein Schwerpunkt der politischen Arbeit sein. Hier in Potsdam geht es für uns vor allem darum, den Kandidaten der LINKEN, Norbert Müller, tatkräftig zu unterstützen. Wir blicken darauf aber auch mit Vorfreude, denn der 1. Mai und das alljährliche Sommerfest werden sicherlich tolle Höhepunkte des Wahlkampfes in diesem Jahr.

Es ist auch die Zeit des Rückblicks. Was hat die LINKE in und für Potsdam erreicht? 2016 war politisch ein turbulentes Jahr. Der Vormarsch der Rechtspopulisten auf allen Ebenen der Politik, andauernde Kriege und Terrorismus sind Probleme, denen sich alle politischen Akteure stellen mussten und müssen. Ein nicht weniger wichtiges Anliegen ist es dem Kreisvorstand, danke zu sagen. Wir möchten uns bei Genossinnen und Genossen sowie unseren Bündnispartnern für die intensive, konstruktive und fruchtbare Zusammenarbeit bedanken. Ohne sie wäre unsere Partei nicht so erfolgreich und so ein geehrteter Akteur der Stadtpolitik.

Der Kreisvorstand DIE LINKE.Potsdam



Der Jahreswechsel war Anlass, in der neu eröffneten Geschäftsstelle in der Zepelinstraße 7 mit Bürgerinnen und Bürgern ins zu Gespräch kommen. Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam hatte deshalb am 26. Januar zum Neujahrsempfang 2017 eingeladen. Mit dabei der Bundestagsabgeordnete Norbert Müller und die Landtagsabgeordnete Anita Tack, die ihre Wahlkreisbüros in Bürogemeinschaft mit den Potsdamer LINKEN haben.

In geselliger Atmosphäre, im Gespräch und Meinungsaustausch wurde Resümee gezogen und nach vorn geblickt: Landesvorsitzender und Minister Christian Görke, Anita Tack und Sascha Krämer.

Bürgervertretung Drewitz neu gewählt

Im November 2016 wurde zum zweiten Mal die Bürgervertretung im Wohngebiet Gartenstadt Drewitz gewählt. Eines der Mitglieder ist Günter Mäder, der auch als Vertreter des „Bürgeraktives Drewitz“ im Stadtteilrat agiert. Für die Webseite des „Bürgeraktives Drewitz“ äußerte er sich zu seinen Erfahrungen und Zielen.

Du bist von Beginn an Mitglied der Bürgervertretung Drewitz und wurdest im November 2016 in das fünfköpfige neue Gremium wiedergewählt. Wie beurteilst du die bisherige Arbeit der Bürgervertretung Drewitz?

Durchaus durchwachsen: positiv konnten wir die Gestaltung der Grünflächen und Spielplätze mit beeinflussen. Unsere Hinweise zur Verkehrsführung wurden teil-

weise berücksichtigt - dies führte zur Verkehrsberuhigung im Wohngebiet. Kritisch ist anzumerken, dass das geplante Café im Park zu lange auf sich warten lässt und damit ein Anziehungspunkt noch immer fehlt.

Ist die Umgestaltung von Drewitz zur Gartenstadt bei den Bewohnerinnen und Bewohnern angekommen? Hat sich nach deiner Meinung die Einstellung dazu verändert?

Eindeutig ja! Das anfänglich befürchtete Parkplatz-Chaos ist ausgeblieben, vorhandene Probleme liegen auf dem vergleichbaren Niveau anderer Wohngebiete.

Der Park wird offensichtlich zunehmend angenommen - das gilt für alle Gruppen, egal ob Familien mit Kindern oder Seniorinnen/Senioren. Ein Beweis für die Ak-

zeptanz ist auch, dass nach der Sanierungsphase der größte Teil der Mieter in ihr Wohngebiet zurückgezogen ist - es gibt also keinen durch die Umgestaltung verursachten Trend zum Verlassen von Drewitz.

Welche Ziele sollte sich die neu gewählte Bürgervertretung nach deiner Auffassung vorrangig setzen?

An erster Stelle steht die Realisierung des Cafés. Die Situation am Ernst-Busch-Platz ist verbesserungsbedürftig, mehr Sauberkeit und Ordnung werden von den Anwohnern zu Recht verlangt. Sie erwarten ein besseres Erscheinungsbild. Was auf dem Platz möglich ist, zeigen die Mitmach-Aktionen für Kinder im Sommer, das Gartenstadt-Fest und die dortigen Veranstaltungen des hnc.

Was wünschst du dir persönlich?

Das das neu geschaffene Grün erhalten bleibt und ein nachhaltiges Merkmal für Drewitz wird. Ich hoffe, dass das Klimaschutzkonzept für Drewitz aufgeht und wir damit einen kleinen Beitrag für die Umwelt leisten. Und ich wünsche mir, dass die Drewitzerinnen und Drewitzer sich mehr für ihre eigenen Belange im Wohngebiet interessieren und engagieren. Denn vom Bürgerengagement lebt die Demokratie, das gilt besonders im lokalen Umfeld!

Die Fragen an Günter Mäder stellte Günther Waschkuhn vom „Bürgeraktiv Drewitz“.



Ein Hochwald der Prominenten

Harald Kretschmar las aus seinem Buch „Treff der Originale“ im Bisky-Haus

Ja, es gibt sie, die Menschen, die ihr Gewissen und ihre Haltung noch nicht an der Nachwende-Garderobe abgegeben haben. Die es sich leisten, bekennende Ketzer wider den Zeitgeist zu sein. Einer von ihnen, der bekannte „Eulenspiegel“- und Porträtzeichner Harald Kretschmar, hat nun ein neues Buch vorgelegt. „Treff der Originale“ heißt es und beschäftigt sich zeichnerisch aber auch literarisch mit „Prominenten in und um Kleinmachnow“. Im Lothar-Bisky-Haus Potsdams hat er es am 17. Dezember vorgestellt.

Unaufgeregt, heiter und informativ lädt Kretschmar darin zu einem Streifzug durch einen Hochwald von Persönlichkeiten, die im seltensten Fall die Ehre besitzen, von den heutigen offiziellen Mainstream-Aufarbeitern wahrgenommen zu werden. Obwohl Kleinmachnow keinen richtigen Sezugang besitze und sich darin von vielen märkischen Idyll-Gemeinden unterscheidet, habe sich die Gemeinde im Süden Berlins sich in den vergangenen hundert Jahren als äußerst „prominentengesättigt“ erwiesen.

Im Buch tauchen u. a. auf: Charlotte Janka, die Frau von Walter Janka. Der begnadete sozialistische Karikaturist Karl Holtz und viele andere. Darunter Künstler, Wissenschaftler, Lehrer, Offiziere. Auch die achtfache Olympiasiegerin im Kanu-Rennsport Birgit Fischer hat ihren Abschnitt im Buch, die elf Jahre in Kleinmachnow lebte, bis sie ihr dortiges Haus an den Altbesitzer abtreten musste. Dass der Hitler-Gegner Helmuth James Graf von Moltke in Kleinmachnow zuhause war und es nur

vielleicht nur die gefährliche räumliche Nähe eines Hitler-Generals zurückzuführen ist, dass man heute von Kreisauer Kreis spricht und nicht von Kleinmachnow Kreis, war ein Thema des Lesabends. Der Autor widmet sich in diesem Buch auch dem ersten Nachkriegs-Ministerpräsidenten von Brandenburg, dem Sozialdemokraten Carl Steinhoff. Dem Glaubenssatz von der „Zwangsvereinigung“ von KPD und SPD setzt er das Steinhoff-Zitat entgegen: „Die Einheit ist wie eine Frucht im Mutterleibe, die zum Licht drängt. Wenn durch unglückliche Lage daran gehindert, dann muss eben der Kaiserschnitt gemacht werden.“

Was heute die Aufarbeitungsindustrie und der sich ihr verbunden fühlende Journalismus an Geschichtserkenntnissen über die Ostdeutschen ausbreiten, dafür hat Harald Kretschmar nur Verachtung übrig. In seiner Einseitigkeit und Unverfrorenheit „zieht einem das die Schuhe aus“. Wenn die historische Wissenschaft weiter auf den Zentralbehauptungen „Unrechtsstaat“ und „SED-Regime“ herumreite, „dann hat

sie abgewirtschaftet, dann hat sie jeden Anspruch auf Sachlichkeit verloren“. Ausdrücklich hob er hervor, dass in seinen Büchern das Wort „Nationalsozialismus“ keine Verwendung findet, er sich also nicht den Sprachvorgaben der Nazis anschließen und unterwerfen wolle, wie das heutzutage in der Publizistik und auch in der Wissenschaft Konvention geworden sei.

Die rund 40 Zuhörer im Bisky-Haus zollten ihm dankbaren Beifall. Harald Kretschmar ließ schon von seinen neuen Buchplänen wissen und offenbarte die schöne Anekdote

um die in Satire-Ausstellungen der DDR vorgeführte Schreibmaschine, von der alle Buchstaben abmontiert worden waren, bis auf B, L und A. Mit der man also nur Blabla schreiben konnte. Ein hoher SED-Funktionär sei an sie herangetreten und habe freudig ausgerufen: „Auf der habe ich Maschineschreiben gelernt“.

Matthias Krauß (gek.)

Harald Kretschmar „Treff der Originale“, vbb, 200 Seiten, 19,95 Euro. ISBN: 978-3-945256-35-0



Harald Kretschmar in Aktion

Wem nützt die „Aufarbeitung“?



Matthias Krauß in der Diskussion

Das Biskyhaus ist immer mehr zu einem Treffpunkt für lesehungrige BürgerInnen geworden. Gut besucht sind die Buchvorstellungen. So auch am 18. Januar, als der Potsdamer Journalist und Buchautor Matthias Krauß sein neues Buch „Wem nützt die ‚Aufarbeitung‘? Die institutionalisierte Abrechnung“ vorstellte. Welche Motive treiben die Aufarbeiter an, und mit welchem Recht werden sie Jahr für Jahr mit Fördergeldern in Millionenhöhe subventioniert, um ein zutiefst einseitiges Bild der Geschichte zu propagieren? Der Journalist Matthias Krauß liefert einen angriffslustigen Beitrag zu einer längst überfälligen Debatte. In der Auseinandersetzung mit der DDR gibt es nur Schwarz-Weiß, oft werden Opfer zu Richtern. Krauß stellt die entscheidenden Fragen in seiner Streitschrift. Und die TeilnehmerInnen an der Veranstaltung folgten gespannt den Ausführungen des Autors.

Wem nützt die „Aufarbeitung“? 204 spannende Seiten. ISBN 978-3-360-01877-9, 12,99 EUR.



Eine gut besuchte Lesung mit Diskussion

„Ich will hier nicht das letzte Wort“

Heinz Rudolf Kunze und Egon Krenz im Gespräch
Eine Buchbetrachtung von CHRISTIAN WIENERT

Was kann schon Gehaltvolles dabei herauskommen, wenn ein westdeutscher Unterhaltungsmusiker mit einem früheren hochrangigen DDR-Politiker über Geschichte spricht?

Nun in meinem Fall war das Ergebnis ein sehr bereichernder, mit historischen Fakten gefüllter Weihnachtssachverhalte, an dem ich dieses Buch gelesen habe.

Der Dialog zwischen dem Künstler Heinz Rudolf Kunze und Egon Krenz ist kurzweilig, ohne verkürzend zu sein. Beide finden klare, kompromisslose Worte füreinander ohne respektlos zu sein. Und der Blick auf die DDR von Egon Krenz ist radikal anders als die aktuell gültige und politische gewollte Diktion, ohne zu verfälschen. Der Gewinn liegt in der ergänzenden Perspektive auf die DDR-Geschichte. Der Reiz entsteht durch die unterschiedlichen Biographien und damit den anderen Blick auf die selben Sachverhalte.

So beginnt das Gespräch mit der gemeinsamen Erinnerung an ihr erstes Treffen 1988 in der DDR, welches in einer von Spannungen zwischen der DDR und der UdSSR unter Gorbatschow geprägten Zeit stattfand.

Ausgehend von dieser Situation gelingt Egon Krenz eine sehr klare und durch Anekdoten angereicherte Erzählung über verschwiegene, verdrehte und missverständliche Aspekte der DDR-Politik.

Warum z.B. bekam Christa Wolf nie den Literaturno-

belpreis, obwohl sie Anwärterin darauf war? Krenz macht augenzwinkernd Honecker dafür mitverantwortlich. Dieser hätte Wolf die Entgegennahme des Preises in Stockholm gestattet. Laut Krenz wäre die Chance auf den Preis jedoch höher gewesen, wenn Honecker ihr die Reise verboten hätte.

Ohne in Lobeshymnen zu verfallen beweist der frühere Generalsekretär der SED eine gefestigte und wohl begründete positive Haltung zum Sozialismusversuch in der DDR. So sagt er: „Darum war die DDR mein Land, das ich bis zum Ende meiner Tage verteidigen werde.“ Ohne seine Erläuterungen könnte dieser Satz als Ausdruck ewiger Gestrigkeit und Geschichtsverleugung verstanden werden. Doch verschweigt Krenz keineswegs Jugenderziehungsanstalten, Zwangsadoptionen, Mauer und Tote an der Grenze. Es gelingt ihm jedoch, das Spannungsfeld zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich zu machen und die Fakten in den historischen Kontext des Kalten Krieges einzuweben. So wird die Komplexität der historischen Sachverhalte und politischen Aktionen deutlich. Gegner werden darin Verharmlosung und Relativierung sehen. Menschen hingegen, die sich auf seine Perspektive wohlwollend einlassen wie sein Gesprächspartner Heinz Rudolf Kunze werden ihren Blick auf die deutsch-deutsche Geschichte erweitern.



Was bleibt ist der Zukunftspositivismus. Laut Krenz gilt es, „Lehren aus dem gescheiterten Sozialismusversuch [zu] ziehen für künftige aussichtsreichere Versuche die Gesellschaft grundlegend zu verändern.“

1			3			6		
				5	8			
9						7	2	
	4			8	3			9
	3							1
7			5	1				4
	6	2						8
			8	3				
		9			1			4

SUDOKU

Auflösung Januar

2	3	7	9	5	4	6	1	8
5	9	8	3	6	1	4	2	7
1	4	6	7	2	8	5	3	9
4	1	9	5	8	6	3	7	2
8	2	3	4	9	7	1	5	6
7	6	5	1	3	2	9	8	4
6	7	4	2	1	3	8	9	5
9	8	1	6	7	5	2	4	3
3	5	2	8	4	9	7	6	1



Spenden für die „PaS“

Die Kosten steigen für ALLES – auch die für die Herstellung unserer Zeitung „Potsdams andere Seiten“. Aus diesem Grund ruft der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE.Potsdam alle LeserInnen und Freunde auf, für unsere Zeitung zu spenden. Für Ihre/Eure Spende steht das Konto des Kreisverbandes mit der IBAN: DE 68 1605 0000 1000 9437 86 bei der MBS Potsdam zur Verfügung. Kennwort „PaS-Spende“.

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine •

Donnerstag, 09.02.2017, 17.00 Uhr:
Sitzung des Ortsvorstandes DIE LINKE für Stern/Kirchsteigfeld/Drewitz. Ort: Bürgerbüro Dr. Scharfenberg

Sonnabend, 11.02.2017, 11.00 Uhr:
XX.Landesmitgliederversammlung der Linksjugend 'solid im Haus der Offziere, Magdeburger Str. 15, Brandenburg

Donnerstag, 16.02.2017, 19.00 Uhr:
Rede mit! Kapitalkollaps – Die finale Krise der Weltwirtschaft. Vortrag und Diskussion mit Tomasz Konicz (Publizist und freier Journalist u. a. für „Konkret“, „Neues Deutschland“ und „Telepolis“). Gemeinsame Veranstaltung mit freiLand
14473 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 22, freiLand, Cafe (Haus 2).

Freitag, 17.02.2017, 14.00 – 15.00 Uhr:
Infostand vor Dahlback im Kirchsteigfeld

Dienstag, 21.02.2017, 19.00 Uhr:
Von wegen sicher – Das Konzept der »sicheren Herkunftsstaaten« in der Kritik. Mit Tamara Bakovi -Jad i (Forum Roma Srbije/Levi Samit Srbije, Medienportal Ma ina) und Kenan Emini (Roma Center Göttingen e.V. und Kampagne zum Bleiberecht „alle bleiben!“). Gemeinsame Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg und dem Flüchtlingsrat Brandenburg. Ort:14473 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 22, freiLand, Cafe (Haus 2)

Dienstag, 21.02.2017, 18.00 Uhr:
Veranstaltung der Regionalgruppen Potsdam des RotFuchs Fördervereins und der GBM zum Thema: „Das Massaker von Odessa“. Der Überlebende dieses faschistischen Verbrechens vom 2.5.2014, Oleg Musika, berichtet anhand von Videoaufnahmen über das Geschehen. Ort: im Lothar-Bisky-Haus, Alleestr3

Freitag, 24.02.2017,
Kabarett im SternZeichen

Freitag, 24.02.2017, 19.00 Uhr:
Klänge des Verschweigens - Ein detektivisches Dokumentarprojekt über Wilhelm Heckmann. Film über die Musik der 20er und 30er Jahre, Musik im Konzentrationslager, Homosexuellen-

verfolgung, NS-Verbrechen und Verdrängung der Nazi-Vergangenheit, anschließend Gespräch mit dem Regisseur Klaus Stanjek. Gemeinsame Veranstaltung mit dem Deutschen Mauthausen Komitee Ost, freiLand und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Ort: 14473 Potsdam, Friedrich-Engels-Straße e 22, freiLand, Cafe (Haus 2).

Dienstag, 28.02.2017, 18.00 Uhr:
Sozialbetriebe – Irrweg oder Ausweg? 18. Dienstagsgespräch zu aktuellen politischen Themen mit Dr. Andreas Bernig (arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg), Jörg Jurkeit (Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen), Roman Zinter (Leiter der Geschäftsstelle des Brandenburger

Landesverbandes der Arbeits-, Bildungs- und Strukturförderungsgesellschaften e.V.), Horst Müller (Arbeitsinitiative Letschin e.V.), Thomas Holbe (Ländliche Arbeitsförderung Prenzlau e.V.); Moderation: Sven Rosig (freier Journalist). Gemeinsame Veranstaltung mit der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg. Ort: 14467 Potsdam, Alter Markt 1, Landtag Brandenburg

Sonntag, 05.03.2017, 10.00 – 12.00 Uhr:
Rathausreport live, Frühschoppen der Stadtratsfraktion, Informationen aus der SVV vom 01.03.2017, Ort: Bürgerhaus „SternZeichen“, Café